

Niederschrift

über die 14. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses am Mittwoch, 30.11.2022 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Dr. Claus Pommer

Ratsmitglieder

Herr Fred-Harry Frenzel	CDU	
Herr Peter Groß	CDU	
Frau Claudia Schlottmann	CDU	
Herr Kevin Peter Schneider	CDU	
Herr Michael Wegmann	CDU	
Herr Reinhard Zenker	CDU	
Herr Torsten Brehmer	SPD	
Herr Kevin Buchner	SPD	
Frau Hannah Hammer	SPD	für Herrn Stöter
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD	
Herr Heinz Albers	Bündnis 90/Die Grünen	für Herrn Toska
Frau Marianne Münnich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Anna Meike Reimann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Uwe Gramminger	FDP	für Herrn Joseph
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD	
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	
Herr Oliver Kohl	Allianz für Hilden	für Herrn Kalversberg

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Kämmerin und Beigeordnete Anja Franke	Stadt Hilden
Herr Michael Witek	Beratungs- und Prüfungsamt
Herr Roland Becker	Stadt Hilden
Frau Sonja Ockenfeld	Stadt Hilden
Frau Theda Gröger	Stadt Hilden
Herr Hans-Peter Kremer	Leiter der Feuerwehr
Frau Kirsten Max	Stadt Hilden
Herr Marco Wachsmann	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der (öffentlichen) Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 5 Befangenheitserklärungen
- 6 Organisationsentwicklung und Digitalisierung
 - 6.1 Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung
WP 20-25 SV 12/023
 - 6.2 Sachstandsbericht Digitalisierung
WP 20-25 SV II/012
- 7 Personalmanagement
 - 7.1 Personalmanagement bei der Stadt Hilden - Sachstandsbericht 2022
WP 20-25 SV 10/038
 - 7.2 Flexibilisierung des Stellenplanverfahrens
WP 20-25 SV 12/024
 - 7.3 Stellenveränderungen zum Stellenplan 2023
WP 20-25 SV 12/022
- 8 Allgemeine Ratsangelegenheiten
 - 8.1 Gleichstellungsplan
WP 20-25 SV GL/001
 - 8.2 Brandschutzbedarfsplan 2023 ff.
WP 20-25 SV 37/003
- 9 Vorberatung von Satzungen und anderen ortsrechtlichen Bestimmungen
 - 9.1 Aufhebung der Satzung über die Erhebung der Wettbürosteuer (Wettbürosteuersatzung)
WP 20-25 SV 20/103
- 10 Anträge zum Haushalt 2023
 - 10.1 Antrag zum Haushalt 2023 SPD-Fraktion: Wegfallvermerk Referentin des Bürgermeisters
WP 20-25 SV 12/025
 - 10.2 Antrag zum Haushalt 2023 SPD-Fraktion: Stellenplan kulturpädagogische Fachkraft
WP 20-25 SV 41/054

- 10.3 Antrag zum Haushalt 2023 der CDU-Fraktion: Einrichtung von zwei zusätzlichen Stellen im Kommunalen Ordnungsdienst (KOD)
WP 20-25 SV 32/018

11 Anträge

- 11.1 Antrag der CDU-Fraktion auf zusätzliche Öffnung des Bürgerbüros an zwei Samstagen im Monat ohne terminliche Bindung
WP 20-25 SV 32/014

- 11.2 Antrag der CDU Fraktion: Stellenbeschreibungen zugänglich machen
WP 20-25 SV 12/026

12 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

13 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der (öffentlichen) Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Pommer, eröffnete die öffentliche Sitzung und begrüßte die anwesenden Vertreter/innen der Presse und die erschienenen Zuhörer/innen.

Änderungen zur Tagesordnung

Rm K. Buchner/SPD beantragte die Verschiebung des Tagesordnungspunktes 7.3 „Stellenveränderungen zum Stellenplan 2023“ in den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen.

Rm Gramminger/FDP erhob formale Gegenrede, woraufhin Bürgermeister Dr. Pommer den Vertagungsantrag der SPD zur Abstimmung frei gab.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 2 Nein-Stimmen von Rm Gramminger/FDP und Rm Reffgen/BA.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldet sich Herr H. aus Hilden und fragte, wie die Vereine mit der neuen Richtlinie umgehen sollen, wenn sie nach dem 01.01.2023 von der Einführung der Nutzungspauschale offiziell erfahren.

1. Beigeordneter Eichner gab an, dass die Stadtverwaltung zunächst Kontakt mit dem Stadtsportverband aufnehmen werde. Des Weiteren werde die Abrechnung der Nutzungspauschale nicht direkt zum 01.01.2023 erfolgen, sondern in den kommenden Monaten eine Entgeltberechnung erstellt.

5 Befangenheitserklärungen

Keine.

6.1 Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung

WP 20-25 SV 12/023

Rm M. Münnich/Bündnis'90/Die Grünen fragte, wann die Nachbearbeitung der Stellenbeschreibungsoffensive abgeschlossen sei und ob sich dann ggf. aus den Korrekturen ein Mehrbedarf an Personal ergäbe.

Bürgermeister Dr. Pommer gab an, dass im Haushalt 2023 die Verwaltungsmodernisierungen eingeplant und berücksichtigt wurden und somit eine Minimierung des Personalbedarfs zum kommenden Haushalt ggf. festgestellt werden könne.

Der Hauptausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Verwaltungsmodernisierung zur Kenntnis.

6.2 Sachstandsbericht Digitalisierung

WP 20-25 SV II/012

Kämmerin und Beigeordnete Franke teilte mit, dass die Stadtverwaltung eine Eigenlösung für das OZG (Online-Zugangs-Gesetz) Serviceportal anbieten werde. Die IT habe eine Datenbank erstellt, in der kontinuierlich Daten eingepflegt und aufbereitet werden, um diese im Serviceportal zugänglich zu machen. Es wurden ca. 400 Leistungsbeschreibungen eingepflegt, so dass der Pflichtbestandteil angeboten werden könne.

Rm M. Münnich/Bündnis'90/Die Grünen fragte, wann der Arbeitskreis für Digitalisierung wieder zusammenkomme.

Rm Kohl/Allianz für Hilden bat um Erklärung, wie die Inhalte des OZG bis zum 31.12.2022 verfügbar sein sollen, wenn die neue Homepage aber erst Ende Q1/Anfang Q2 verfügbar sein werde.

Kämmerin und Beigeordnete Franke gab an, dass eine kurzfristige Einberufung des Arbeitskreises für Digitalisierung aus Zeitgründen nicht erfolgen könne.

Der Zugang und die Inhalte werden separat zugänglich sein, so dass es in einigen Bereichen auch zu Überschneidungen kommen werde. Somit kann der Zugang gemäß OZG auch sichergestellt werden, wenn die neue Homepage noch nicht gelauncht sei.

Rm Gramminger/FDP gab an, dass die Optik der städtischen Homepage modernisiert und einladender gestaltet werden solle.

Bürgermeister Dr. Pommer antwortete, dass die neue Homepage im 1. Quartal des neuen Jahres online gehen solle. Bis Ende dieses Jahres wolle die Verwaltung die Anforderungen für eine Ausschreibung finalisiert haben.

Rm Reimann/Bündnis'90/Die Grünen gab an, dass die Verlinkung von der Homepage zum Karriereportal zu umständlich sei. Dies könne negative Auswirkungen auf die Stadtverwaltung haben, da dies die Attraktivität als potenzieller Arbeitgeber senke. Sie wolle die Thematik ausführlich im Arbeitskreis für Digitalisierung besprechen.

Rm K. Buchner/SPD sagte, dass die heutigen Bewerbungen über andere Dienstleister wie Indeed und Co. erfolgen, wo die Bewerberinnen und Bewerber dann auf das Karriereportal geführt werden und nicht über die Homepage der Stadt Hilden. Die Präsentation könne optimiert und attraktiver gestaltet werden.

Kämmerin und Beigeordnete Franke schlug vor, diese Thematik mit dem Personalmanagement zu besprechen, um eventuelle Auswirkungen auf die potenziellen Bewerber/innen aufzuführen. So könne dann in einer gesonderten Sitzung eine konstruktive Diskussion über die Umgestaltung erfolgen.

Der Hauptausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Digitalisierung zur Kenntnis.

7 Personalmanagement

7.1 Personalmanagement bei der Stadt Hilden - Sachstandsbericht 2022

WP 20-25 SV 10/038

Rm M. Münnich/Bündnis '90/Die Grünen fragte, ob befristete Stellen, wie z. B. bei Elternzeitvertretung, auch unbefristet ausgeschrieben werden können. Nach Rückkehr der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Elternzeit könne dann eine andere Beschäftigung innerhalb des Hauses für die Übergangsvertreter/innen gefunden werden.

Kämmerin und Beigeordnete Franke antwortete, dass auch bei längeren Ausfällen keine unbefristete Einstellung erfolgen dürfe. Hier sei die Stadtverwaltung an die gesetzlichen Vorgaben gebunden und würde mit einem unbefristeten Arbeitsverhältnis einen Überhang produzieren.

Der Hauptausschuss nahm den anliegenden Sachstandsbericht zum Personalmanagement 2022 zur Kenntnis.

7.2 Flexibilisierung des Stellenplanverfahrens

WP 20-25 SV 12/024

Rm K. Buhner/SPD vertrat die Auffassung, dass ein heutiger Beschluss nicht nötig sei, da durch regelmäßige Ausschusssitzungen ein Nachtrag zum Stellenplan erfolgen könne. Der größte Kostenfaktor sei der Personalbedarf, weshalb im Vorfeld eine Überprüfung der Notwendigkeit erfolgen müsse, um einen Überhangpool zu vermeiden und ggf. Umstrukturierungen vorzunehmen, um den Personalbedarf haushaltsneutral zu decken. Daher werde seine Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen.

Rm Gramminger/FDP war der Meinung, dass die Verwaltung flexibel sein sollte und die Optionen auf mögliche Fördermittel genutzt werden sollen. Allerdings solle die Verwaltung nach Ablauf der Fördermittel dem Gremium mitteilen, wie die Finanzierung im Anschluss erfolge.

Bürgermeister Dr. Pommer teilte mit, dass einige Positionen nicht besetzt wurden, weil die Verwaltung nicht rechtzeitig reagieren konnte.

Die Fraktionen waren sich zum Großteil einig, dass eine grundsätzliche Flexibilität vorhanden sein müsse und Nachträge zum Stellenplan aufwändig und umständlich seien.

Beschlussvorschlag:

Ein neues Stellenplanverfahren wird eingeführt, dies beinhaltet:

1. Eine Umstellung des verwaltungsinternen Stellenplanverfahren, sodass eine stetige unterjährige Behandlung von Stellenplananträgen gewährleistet wird und eine entsprechende Berichterstattung im Hauptausschuss erfolgen kann.
2. Eine Flexibilisierung des Stellenplans durch die Einführung von fünf Überhangsstellen, um eine unterjährige kostenneutrale Besetzung von Stellen zu ermöglichen. Dies soll gelten für folgende Fälle:
 - a. Aufgaben mit einer Drittmittelfinanzierung, deren Finanzierung anläuft bevor ein neuer Stellenplan verabschiedet wird.
 - b. Für Stellen, die auch über den laufenden Haushalt hinaus Personalkostenneutral bleiben, durch Verlagerung einer Stelle bzw. verschiedener Stellenanteile.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 4 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion.

7.3 Stellenveränderungen zum Stellenplan 2023**WP 20-25 SV 12/022**

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung ohne Beschlussfassung in den Ausschuss für Finanzen und Beteiligung verwiesen.

8 Allgemeine Ratsangelegenheiten

8.1 Gleichstellungsplan**WP 20-25 SV GL/001**

Rm M. Münnich/Bündnis '90/Die Grünen fragte, ob zu den Aufgabenfeldern der Gleichstellungsbeauftragten auch eine Sprechstunde für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden könne.

Gleichstellungsbeauftragte Max teilte mit, dass die Frauenberatungsstelle von der Stadtverwaltung in Kooperation mit dem SKFM organisiert und zur Verfügung gestellt werde. Aktuell haben sich 3 Frauen angemeldet und es kommen auch Frauen außerhalb der Sprechstunden. Der SKFM sei kreisweit tätig und kann daher auch umfangreich unterstützen.

Rm Gramminger/FDP begrüße einen fortlaufenden Informationsfluss und den Ausbau der aufgestellten und dargestellten Zielsetzungen.

Gleichstellungsbeauftragte Max antwortete, dass ein jährlicher Bericht zur Verfügung gestellt werde, sodass dann auch ein Überblick über die Entwicklungen in Hilden dargestellt werden könne.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt auf Vorschlag des Hauptausschusses den Gleichstellungsplan von 01.01.2022 bis 31.12.2026.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.2 Brandschutzbedarfsplan 2023 ff.**WP 20-25 SV 37/003**

Auf entsprechende Nachfrage verschiedener Fraktionen antwortete der Leiter der Feuerwehr HP Kremer, dass es in Hilden kein Grundstück gebe, um eine größere Feuerwehrrache zu errichten. Daher müssen die Räumlichkeiten des Personals aufgestockt werden. Bezüglich der Fahrzeuge

gebe es keine Stellplatzprobleme, da diese ständig im Einsatz seien und das zusätzliche Fahrzeug als Ausgleich bei einem Ausfall eines Fahrzeuges zum Einsatz kommen solle. Die Regelungen im Bereich Arbeitssicherheit seien- soweit sie verbindlich vorgeschrieben sind - selbstverständlich umgesetzt. Soweit es sich um Empfehlungen handle, sei die Feuerwehr gewillt, diese zeitnah zu ermöglichen. Für die Ehrenamtsförderung wurde ein Förderkonzept erstellt, welches bereits eingesetzt werde, dennoch werde das Konzept fortlaufend ausgearbeitet und passende Ideen aufgenommen. Nach der Pandemiephase haben die Anmeldungen bereits zugenommen. Ebenso wolle die Feuerwehr mit einem Förderkonzept die Attraktivität steigern.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hilden den als Anlage beigefügten Brandschutzbedarfsplan 2023 ff. für die Stadt Hilden zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9 Vorberatung von Satzungen und anderen ortsrechtlichen Bestimmungen

9.1 Aufhebung der Satzung über die Erhebung der Wettbürosteuer WP 20-25 SV 20/103
(Wettbürosteuersatzung)

Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatungen im Hauptausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen die Aufhebung der bisher unter Anwendungsvorbehalt stehenden Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Hilden (Wettbürosteuersatzung) vom 15.12.2021.“

**Satzung zur Aufhebung der Satzung
über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Hilden
(Wettbürosteuersatzung)**

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023) - in der aktuell gültigen Fassung - und der §§ 1 bis 3 und § 20 Abs. 2 Buchst. b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712/SGV NRW 610) - in der aktuell gültigen Fassung - hat der Rat der Stadt Hilden in seiner Sitzung vom xx.xx.xxxx folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Hilden (Wettbürosteuersatzung) vom 15.12.2021 wird aufgehoben.

§ 2

Diese Satzung tritt rückwirkend am 01.01.2022 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen in Abwesenheit von Rm C. Schlottmann/CDU.

10 Anträge zum Haushalt 2023

10.1 Antrag zum Haushalt 2023 SPD-Fraktion: Wegfallvermerk Referentin des Bürgermeisters

WP 20-25 SV 12/025

Antragstext:

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschließt der Rat der Stadt Hilden, nach Vorberatung im Hauptausschuss, den Stellenanteil mit der verwaltungsinternen Bezeichnung „Referentin des Bürgermeisters“ im Stellenplan mit einem kw-Vermerk (Wegfallvermerk) zu versehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion.

10.2 Antrag zum Haushalt 2023 SPD-Fraktion: Stellenplan kulturpädagogische Fachkraft

WP 20-25 SV 41/054

Rm Reffgen/BA gab an, dass die Beschlussfolge verwirrend sei und bat um Aufklärung.

1. Beigeordneter Eichner antwortete, dass der Wortbeitrag von Rm Reffgen/BA sich auf den Inhalt des Antrages beziehe. Die Angelegenheit wurde in den entsprechenden Fachausschüssen sachlich vorgestellt und der Stellenantrag im Ausschuss für Kultur und Heimatpflege beraten. Eine Ergänzungsvorlage wurde erstellt und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Rm Gramminger/FDP und Rm Prof. Dr. Bommermann/AfD gaben zu bedenken, dass die Voraussetzung eine Notwendigkeit der Stelle bedarf und das Konzept umgesetzt werde, welches dann dem zugehörigen Fachausschuss zur Beratung vorgelegt werden solle. Aufgrund dessen müsse vorrangig über die Konzeption und im Anschluss über die Stelle abgestimmt werden.

Rm Brehmer/SPD sagte, dass das Konzept wie auch die Einrichtung der Stelle im Ausschuss für Kultur und Heimatpflege gemeinsam beraten und beschlossen wurde.

Antragstext:

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschließt der Rat der Stadt Hilden, nach Vorberatung im Ausschuss für Kultur und Heimatpflege, im Jugendhilfeausschuss und Hauptausschuss, die Stadtverwaltung damit zu beauftragen, zur Stärkung der kulturellen Bildung junger Menschen in Hilden, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine kulturpädagogische Fachkraft im Stellenplan vorzusehen.

Deren Aufgabe wird ämter- und institutsübergreifend angesiedelt, sodass im Wilhelm-Fabry-Museum, in der Kinderkunstschule KuKuK und im Jugend- und Kulturzentrum Area 51 kulturelle Zugänge speziell für die Zielgruppe der Kinder und insbesondere der Jugendlichen eröffnet werden. Diese Aufgabe ist ihrem Selbstverständnis nach integrativ und interkulturell ausgestaltet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 1 Nein-Stimme von Rm Prof. Dr. Bommermann/AfD mit einer Enthaltung von Rm Gramminger/FDP.

Rm K. Buchner/SPD, vertrat die Auffassung, dass Mitarbeiter des kommunalen Ordnungsdienstes auch nicht viel mehr Einflussmöglichkeiten hätten. Daher würden zusätzliche Stellen nicht weiterhelfen. Vielmehr sollte die Verwaltung das Gespräch mit der Polizei suchen.

Rm. Frau Münnich/Grüne regte an, unter Beteiligung von Ordnungsamt, Jugendamt und Polizei ein neues Konzept für den Nove-Mesto-Platz zu entwickeln. Diese Zusammenarbeit hätte bereits in früheren Jahren positive Auswirkungen gehabt.

Rm Groß/CDU verwies auf seinen Antrag und erläuterte, dass die Bürgerinnen und Bürger sich im Stich gelassen fühlen und ein Durchgreifen der Stadtverwaltung oder Polizei nicht gegeben sei.

Rm Gramminger/FDP und Rm Prof. Dr. Bommermann/AfD waren der Meinung, dass das Anliegen komplex sei und eine Ideallösung kurzfristig nicht möglich sei. Der Einsatz von Streetworkern und pädagogische Maßnahmen würden ggf. bei der Problemlösung helfen. Ob der Arbeitskreis für Ordnung und Sicherheit hier greife, sei fraglich, da dies in den Sozialbereich übertragen werden müsse.

Rm Schneider/CDU sagte, dass sich der Antrag nicht nur auf die nächtlichen Ruhestörungen auf dem Nove-Mesto-Platz beziehe, sondern auch den ruhenden Verkehr betreffe. Die Stadtverwaltung solle Präsenz zeigen, um die abendlichen Verkehrs- und Ruhedelikte zu minimieren.

Antragstext:

Die CDU Fraktion beantragt zwei Stellen im KOD einzurichten und diese in den Stellenplan einzustellen, damit ein Mehrschichtsystem des KOD möglich wäre.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 8 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis '90/Die Grünen und Rm Reffgen/BA mit einer Enthaltung von Rm Gramminger/FDP.

11 Anträge

11.1 Antrag der CDU-Fraktion auf zusätzliche Öffnung des Bürgerbüros an zwei Samstagen im Monat ohne terminliche Bindung

Rm K. Buchner/SPD schlug vor, dass die Öffnungszeiten vorerst nicht angepasst werden sollen, da der Service auch in geringer Besetzung bestmöglich ausgeführt werde. Des Weiteren werde die digitale Terminbuchung positiv von der Bevölkerung angenommen, weshalb seine Fraktion den Antrag vorerst ablehnen und die weitere Entwicklung im Bürgerbüro abwarten wolle.

Rm Reffgen/BA teilte mit, dass eine Erweiterung der Öffnungszeiten nicht ohne Terminanbindung stattfinden könne, da es sonst eine Verlagerung des Zulaufes in der Bevölkerung zur Folge haben könnte. Des Weiteren empfehle seine Fraktion den Samstagsservice mit einem Ausgleichstag zu kompensieren oder die Besetzung im Bürgerbüro um zwei Stellen zu erweitern.

Kämmerin und Beigeordnete Franke verwies auf die zusätzlichen Stellen im Stellenplan, um die Wartezeiten zu minimieren sowie eventuelle Ausfälle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu kompensieren. Eine Erweiterung der Dienstleistung bedarf die Aufstockung des Personals.

Rm M. Münnich/Bündnis´90/Die Grünen teilte mit, dass ihre Fraktion dem Antrag der CDU folgen wolle, jedoch soll die Terminvereinbarung und eine Testphase erfolgen. Die zusätzliche Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter solle mit einem Ausgleichsnachmittag erfolgen und die Möglichkeiten der Personaldeckung müsse ebenfalls berücksichtigt werden.

Unterbrechung der Sitzung um 19.29 Uhr.

Wiederaufnahme der Sitzung um 19:46 Uhr

Nach Wiedereintritt in die Beratung verlas Rm Groß/CDU einen gemeinsam mit der Fraktion Bündnis´90/Die Grünen abgestimmten geänderten Antragstext.

Geänderter Antragstext:

Zum 01.06.2023 bietet die Verwaltung zusätzlich an zwei Samstagen im Monat mit Terminbindung Öffnungszeiten des Bürgerbüros an. Das Angebot soll zunächst als Test über einen Zeitraum von 1 Jahr gelten.

Die Verwaltung wird gebeten ein Konzept zur Umsetzung zu erarbeiten und dem Hauptausschuss vor dem Start vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mit geändertem Antragstext einstimmig beschlossen in Abwesenheit vom Rm Hammer/SPD.

11.2 Antrag der CDU Fraktion: Stellenbeschreibungen zugänglich machen

WP 20-25 SV 12/026

Antragstext:

Die Verwaltung wird gebeten, die Stellenbeschreibungen (Stellenplan) aller Beschäftigten (status-unabhängig) bis Januar 2025 zu erstellen und der Politik zugänglich zu machen. Alle zukünftigen Personalforderungen sollen ab sofort mit einer konkreten Stellenbeschreibung zur Entscheidung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

12 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Bürgermeister Dr. Pommer fragte die Fraktionen, ob in der Ratssitzung am 13.12.2022 Haushaltsreden gehalten werden.

Nach einer kurzen Diskussion waren sich alle einig, dass die Frage zunächst mit den anderen Fraktionsmitgliedern besprochen werden soll und die Fraktionen ihre Antworten der Verwaltung im Laufe der kommenden Woche mitteilen werden.

13 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Rm Reffgen/BA las seine Anfrage vor:

„Die heftige Entwicklung der Energiekosten lassen die monatlichen Abschläge der Verbraucher für Gas und Strom stark ansteigen. Hinzu kommen die inzwischen jährlichen, politisch veranlassten Preissteigerungen für den Wasser-Verbrauch. Die Kostenentwicklung lässt manche Bürger an die Grenzen ihrer Zahlungsfähigkeit kommen.“

Umso mehr fällt in diesem Zuge auf, wenn Gebühren, die im Regelfall mit einem monatlichen Abschlag erhoben werden, nicht gezwölftelt in Rechnung gestellt werden, sondern die Jahresgebühr – aufgrund verspäteter Vorlage der Abrechnung – auf wenige verbliebene Monate des Kalenderjahres verteilt wird.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Verwaltung:

- 1. Ist das Problem der verspäteten Vorlage der Abrechnungen und der Gebührenbescheide für Schmutzwasser inzwischen ausgestanden?*
- 2. Ist gewährleistet, dass die Abrechnung der Verbrauchswerte für 2022 und die Abwasser-Gebührenbescheide für 2023 so rechtzeitig zugestellt werden, dass wieder die herkömmliche monatliche Teilzahlung der Beträge möglich wird?*
- 3. Wenn nein, wann sieht sich die Finanzverwaltung in der Lage, zum Regelfall mit monatlicher Abschlagszahlung der Gebühren zurückzukehren?*
- 4. Wäre es für die Verwaltung hilfsweise vorstellbar und praktikabel, die Abschlagszahlungen auf der Grundlage des letztjährigen Verbrauchs bis zur Vorlage des neuen Gebührenbescheids weiterlaufen zu lassen, um auf diese Weise den Verbrauchern höhere, komprimierte Teilzahlungen zu ersparen?“*

Ende der Sitzung: 19:54 Uhr

Dr. Claus Pommer / Datum 04.01.2023
Vorsitzender

Sonja Ockenfeld / Datum 16.12.2022
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker / Datum 21.12.2022
Leiter Bürgermeisterbüro